

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 89 (2018)
Heft: 12: Gesundheitsstrategien : wie Pflegeheime davon betroffen sind

Artikel: Wie im Kanton Zürich nationale Gesundheitsstrategien konkretisiert werden : Diskutieren und realisieren
Autor: Tremp, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-834456>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie im Kanton Zürich nationale Gesundheitsstrategien konkretisiert werden

Diskutieren und realisieren

Wie nationale Gesundheitsstrategien erfolgreich umgesetzt werden, hängt von der konkreten Umsetzung in den Kantonen und Gemeinden ab. Zum Beispiel im Kanton Zürich.

Von Urs Tremp

Fünfmal hatte das Demenzforum der kantonalzürcherischen Gesundheitsdirektion in den vergangenen fünf Jahren getagt. Im vergangenen Sommer schloss es die Arbeit ab. Nun soll die Phase «Projektinitialisierung» beginnen, ein nächster Umsetzungsschritt der nationalen Demenzstrategie. «Mäander» heisst dieser nächste Schritt. Ziel ist die Gründung einer «gesellschaftlich breit getragenen Institution für die Initiierung und Koordinierung von Aktivitäten zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Demenz».

Der Zürcher Regierungsrat hat das Projekt «Mäander» inzwischen abgesegnet: «Dieses setzt auch ein Zeichen, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Demenz nicht nur bei jenen gemeinnützigen Organisationen und Anbietern von Versorgungsleistungen liegt, die sich schon heute um Menschen mit Demenz und ihre Angehörige kümmern, sondern auch bei bisher an der Seite stehenden Dritten, deren Beteiligung aber für die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung der Leitidee entscheidend ist: die bestmögliche gesellschaftliche Integration von Demenzbetroffenen.» (Protokoll)

Wie die «gesellschaftlich breit getragenen Institution» dereinst aussehen wird, welche die angestrebte Integration initiieren, fördern und koordinieren soll, ist offen. Es ist nun an der Projektgruppe, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Institutionen und Fachleute, die Betroffenen und Angehörigen ins Boot zu holen. Denn sie werden es sein, die schliesslich dafür sorgen, dass eine demenzfreundliche Gesellschaft tatsächlich entstehen kann.

Alle Beteiligten und Betroffenen ins Boot holen

Das Beispiel der Demenzstrategie zeigt, wie nationale Gesundheitsstrategien – manchmal schneller, manchmal weniger schnell – dort ankommen, wo sie in letzter Konsequenz umgesetzt werden müssen: bei den Betroffenen, bei potenziell Betroffenen, bei Angehörigen, bei den politischen Behörden und den Fachleuten vor Ort.

Je nach vorhandenen Ressourcen, nach Infrastruktur und den Angeboten von spezifischen, bereits etablierten Organisationen und Institutionen oder wissenschaftlichem Grundlagenmaterial unterscheiden sich freilich die Wege, wie eine Strategie schliesslich bei der avisierten Klientel

ankommt. Die nationale Strategie gegen Krebs etwa (2014–2020) kann auf die Infrastruktur der längst etablierten Krebsliga und ihrer kantonalen Unterligen zurückgreifen – auch im Kanton Zürich. Diesem kommt in der Krebs-Strategie zusätzlich die Nähe zum Universitätsspital mit dem ihm eigenen medizinischen Potenzial zugute.

Wissenschaftliches Interesse und Datenschutz

Das statistische Material, das im Zusammenhang mit der nationalen Strategie gegen Krebs gesammelt wird, um daraus Präventions- und Risikovermeidungsprojekte zu generieren, ist naturgemäss im Kanton Zürich mit seiner hohen Bevölkerungszahl und dem Universitätsspital von etlicher Bedeutung. Allerdings haben gerade bei Datenerhebungen, die im Rahmen von Gesundheitsstrategien gemacht werden, immer auch die (kantonalen) Datenschützer ein Wort mitzureden. Immer wieder muss bei der Umsetzung und Konkretisierung von Strategien abgewogen werden zwischen notwendiger Datenerhebung und Schutz der Privat- und Intimsphäre.

Bei der nationalen Strategie eHealth, die eher stockend verläuft, zeigt sich, dass zwar ein elektronischer und unkomplizierter Datenaustausch zwischen den Leistungserbringern wünschenswert ist, weil viele Leerläufe, Doppelspurigkeiten und unnötige Nachfragen vermieden werden können. Aber ob man Datensicherheit und Zugänglichkeit für alle relevanten Stellen unter einen Hut bringen kann, da gibt es vor allem von Seiten der

Ärzte noch immer grosse Skepsis. Bei 3600 Leistungserbringern im Kanton Zürich (ein Grossteil davon sind Ärzte) ist die Gefahr von Datenlecks tatsächlich reell.

Erfolgreiche Suizidprävention

Wenn es bei der Umsetzung der nationalen Strategie eHealth vor allem darum geht, die technische und juristische Handhabung im konkreten Alltag festzulegen, stehen bei anderen Strategien Aufklärung und Prävention im Vordergrund. Im Kanton Zürich werden die Lehrerinnen und Lehrer regelmässig zu Weiterbildungsveranstaltungen eingeladen, an denen sie lernen, wie sie den Jugendlichen Wege zu körperlicher und seelischer Gesundheit vermitteln können. Zudem hat der Kanton Zürich in den letzten zwei Jahren den «Aktionsplan» des Bundes zur Suizidprävention zügig umgesetzt. Man hat das Hilfsangebot ausgebaut («Reden kann retten»), den Zugang zu einschlägig bekannten Medikamenten erschwert und mit baulichen Massnahmen Brücken, Türme oder Eisenbahnstrecken so gesichert, dass Suizide nicht mehr so einfach möglich sind. Tatsächlich geht die Zahl der Selbsttötungen im Kanton Zürich zurück. ●

Die Umsetzung einer Strategie ist abhängig von der bestehenden Infrastruktur.